

## Positionspapier des IB zum Umgang mit der AfD

Antidemokratische Ressentiments und menschenfeindliche Ideologien befinden sich weltweit im Aufschwung, zunehmend auch in der Mitte der deutschen Gesellschaft. Dies belegte kürzlich auch die „Mitte-Studie 2022/23“ der Friedrich-Ebert-Stiftung. Sie stellte fest, dass mehr als acht Prozent der Menschen in Deutschland rechtsextreme Positionen vertreten. In der vorherigen Studie aus den Jahren 2020/21 traf dies noch auf knapp zwei Prozent der Bevölkerung zu. Rechtsextremistische und rechtspopulistische Positionen verbreiten sich also nicht länger nur am Rande der Gesellschaft, sondern auch in deren Mitte, und sie erfahren vor allem über die sozialen Medien eine neue Aufmerksamkeit, welche zunehmend auch junge Menschen erreicht. Verbale und physische Angriffe aus rassistischen und menschenfeindlichen Motiven prägen den Alltag der Republik und sind folgenreich für die Betroffenen. Die hohe Zahl von Straf- und Gewalttaten, (Brand-)Anschlägen auf Geflüchtetenunterkünfte und rechtsextremistisch motivierte Morde zeigen die Gewaltbereitschaft, die vom rechtsextremen Lager ausgeht.

Die Partei Alternative für Deutschland (AfD) stellt die rechtsstaatlich verfasste, liberale und pluralistische Demokratie infrage, lehnt eine inklusive Gesellschaft ab und schließt Menschen aus, die nicht in ihr deutsch-nationales beziehungsweise nationalistisches Weltbild passen. Sie ist in weiten Teilen eine rechtsextreme Partei, die rassistische, antisemitische und verschwörungsideologische Ressentiments und paranoide Ängste schürt und bedient. Diese stehen mit dem Grundgesetz und den Werten einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Widerspruch. In der Folge wurde die AfD am 3. März 2021 aufgrund verfassungsfeindlicher und rechtsextremer Bestrebungen innerhalb der Partei vom Bundesamt für Verfassungsschutz als Verdachtsfall eingestuft.

Im thüringischen Sonneberg wurde am 25. Juni 2023 erstmals ein AfD-Politiker zum Landrat eines deutschen Landkreises gewählt. Zudem sind in den neuen Bundesländern seit Beginn des Jahres 2023 mehrere Politiker der AfD zu Bürgermeisterwahlen angetreten und haben dieses Amt übernommen oder stehen vor der Stichwahl. Diese Entwicklungen zeigen das Erstarken und die politische Einflussnahme der rechtsextremen Partei, die eine wachsende Bedrohung für die Demokratie in ganz Deutschland darstellt.

Aktuelle Umfragen zeigen, dass bei den nächsten fünf Landtagswahlen bis Herbst 2024 die AfD Chancen auf über zehn Prozent der Stimmen hat, teilweise werden über 20 Prozent prognostiziert. In Thüringen könnte sie nach aktuellen Umfragen mit 32 Prozent der Stimmen als stärkste Kraft aus den Wahlen hervorgehen. In fünf Bundesländern stehen im nächsten Jahr außerdem Kommunalwahlen an. Auch hier besteht die Gefahr, dass die AfD mit einem hohen Stimmenanteil in eine Vielzahl von Kommunalparlamenten einziehen wird.

Zugleich können positive Entwicklungen hervorgehoben werden. So wurde zum Beispiel in Nordhausen (Thüringen) mit demokratischem Bewusstsein und mit Blick auf Sonneberg ein zivilgesellschaftliches Bündnis aus Kommunalpolitiker\*innen, Künstler\*innen, engagierten Bürger\*innen und Vereinen geschlossen. Mit einer öffentlichkeitswirksamen Kampagne gelang es dem Bündnis auf beeindruckende Weise, die Wahl des als Favoriten geltenden AfD-Politikers zu verhindern und stattdessen die Wiederwahl des parteilosen amtierenden Bürgermeisters durchzusetzen.

## **Zum IB**

Seit seiner Gründung im Jahr 1949 setzt sich der Internationale Bund (IB) als zivilgesellschaftlicher Akteur für Menschen in schwierigen Lebenslagen ein und greift dabei auf seine langjährige Erfahrung in diesem Bereich zurück. Sein unternehmerisches Handeln basiert auf gesellschaftlichem Engagement und der Übernahme sozialer Verantwortung. Dabei richtet sich der IB entschieden gegen Diskriminierung und Rassismus und steht für demokratische Werte und Vielfalt ein, ganz im Sinne des Mottos „Menschsein stärken“.

Als Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit mit Einrichtungen in ganz Deutschland sieht sich auch der IB mit den Problemen einer erstarkenden AfD und den damit zusammenhängenden Folgen konfrontiert. Daher gilt es einen Weg zu finden, mit der AfD umzugehen. Hier haben sich im Spannungsfeld von Ausgrenzung und Abgrenzung zwei Varianten herausgebildet:

- Befürworter\*innen einer Strategie, welche die AfD in Gespräche und Verhandlungen mit einbezieht, zielen darauf ab, die AfD als eine demokratiefeindliche, rechtspopulistische Partei für die Bevölkerung sichtbar zu machen. Ihre Versuche, durch völkische Aussagen und Hetze weitere Unterstützer\*innen für sich zu gewinnen und menschenfeindliche Ideologien zu verbreiten, würden so entlarvt.
- Zivilgesellschaftliche Akteure setzen abgrenzend vor allem auf die Stärkung der eigenen Position. Dies tun sie, indem sie herausstellen, dass sie rassistische Äußerungen, rechtes Gedankengut, Hetze und Ausgrenzung von Minderheiten keinesfalls tolerieren und für eine demokratische, rechtsstaatliche und vielfältige Gesellschaft eintreten.

Der IB hat es sich darüber hinaus zur Aufgabe gemacht, demokratische Wertevorstellungen zu vermitteln und sich mit den Grundfragen gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Zusammenlebens auseinanderzusetzen. Innerhalb des IB wird dies als wichtige Grundlage persönlicher und beruflicher Kompetenzentwicklung gesehen. Politische Bildungsarbeit findet deshalb in allen Bildungsangeboten, aber auch als eigenständiges Angebot statt. Demokratieförderung wird im IB als eine zentrale Querschnittsaufgabe gesehen, die sich durch alle Arbeitsbereiche zieht.

Um den Phänomenen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus entgegenzuwirken, ist es dem IB wichtig, allen Mitarbeitenden eine Hilfe für den Arbeitsalltag im Umgang mit entsprechenden Positionen zur Verfügung zu stellen. Dazu bietet die Broschüre „Handreichung zum Umgang mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus“ einen konkreten Praxisleitfaden. Sie hilft dabei, eine demokratische Grundhaltung und Zivilcourage in konkretes Handeln umzusetzen und bietet eine Übersicht über die unterschiedlichen Angebote des IB sowie Kontakte zu weiteren Anlaufstellen. Parallel dazu stellt dieses Papier eine klare Positionierung zum Umgang des Internationalen Bundes mit Vertreter\*innen der rechtspopulistischen AfD dar und dient somit ebenfalls den Mitarbeitenden als Orientierungshilfe. Um das Personal im Umgang mit der Thematik besser zu schulen und mit konkreten Handlungsoptionen auszustatten, sind außerdem eine Reihe von gezielten Workshops und Fortbildungsmaßnahmen geplant.

### **Grundsätze zum Umgang mit der AfD**

Die Programmatik, die Anträge sowie Anfragen und das Verhalten der AfD in Parlamenten zeigen, dass diese dem demokratie- und wohlfahrtsstaatlichen Selbstverständnis und den Aktivitäten des IB – soziale Demokratie, Menschsein stärken, gesellschaftlicher Zusammenhalt, Partizipation, Inklusion, Respekt, Akzeptanz und Diversität – diametral entgegenstehen. Arbeitsfelder und Aktivitäten in den Bereichen Soziale Arbeit, Politische Bildung, Demokratieförderung, Extremismusprävention, Jugendverbandsarbeit, Offene Jugendarbeit, Jugendkulturarbeit, Förderprogramme für Geflüchtete und Migrant\*innen, für sozial Benachteiligte werden kritisch angefragt, sollen gekürzt oder ganz gestrichen werden. Wohlfahrtsverbände werden als "Wohlfahrtsindustrie" diskreditiert und die Förderpolitik infrage gestellt. Die AfD hat in den Parlamenten und in der öffentlichen Kommunikation zur Verrohung der Sprache beigetragen, mit denen sie wiederholt soziale Gruppen ausgrenzt, abwertet und denunziert. Die Umsetzung ihrer Forderungen würde bedeuten, dass der IB seinem Selbstverständnis und selbst gestellten Auftrag sowie seinen vielfältigen Aktivitäten nicht mehr nachgehen könnte.

Der IB verpflichtet sich in seiner Satzung und seinem Leitbild zu „überparteilichem und überkonfessionellem Wirken“. Er stellt außerdem die Förderung von Toleranz in den Vordergrund und hat sich zum Ziel gesetzt, „Menschen zu helfen, sich in Freiheit zu entfalten, ihr Leben selbst zu gestalten, sich in die Gesellschaft einzugliedern, persönliche Verantwortung zu übernehmen und die gesellschaftliche Entwicklung tätig mit zu gestalten“. Des Weiteren tritt der IB rassistischen und menschenfeindlichen Bestrebungen und anderen diskriminierenden Verhaltensweisen entschieden entgegen. Somit sind die Werte des IB unvereinbar mit den Haltungen der AfD und stehen im starken Widerspruch zueinander.